

Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Menschen in Deutschland 2023“

Die Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) wird von der Universität Hamburg im Rahmen des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt. Sie untersucht Meinungen und Haltungen von Menschen ab 18 Jahren in Deutschland zu aktuellen politischen Fragen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Dazu wird seit 2021 jedes Jahr eine repräsentative Befragung der erwachsenen Bevölkerung in ganz Deutschland durchgeführt, in der jeweils über 4.000 Menschen zu diesen Themen zu Wort kommen. Im Folgenden werden erste Ergebnisse der MiD-Studie aus dem Jahr 2023 (dritte Welle) vorgestellt und auch die Veränderungen im Vergleich zu den Ergebnisse der beiden vorherigen Wellen aus 2021 und 2022 beschrieben.

Menschen in Deutschland 2023 - Wer sind die Teilnehmer*innen? ¹



- 4 253 Personen ab 18 Jahren haben zwischen Ende März und Ende Juni 2023 an der Studie teilgenommen.
- 49% der Befragten sind männlich, 51% weiblich.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 51 Jahren.



- Etwa ein Drittel der Befragten (28%) hat einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss, 33% haben die Mittlere Reife und 39% Abitur.
- Mehr als die Hälfte der Befragten (55%) ist in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig. Die meisten erwerbstätigen Personen sind Angestellte oder Arbeiter*innen (85%).
- 29% der Befragten sind in Rente, Pension oder Vorruhestand.



- Etwa ein Viertel der Befragten (26%) hat einen Migrationshintergrund.
- 87% besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit).



- Zwei Drittel der Befragten verorten sich selbst in der politischen Mitte,
- Knapp ein Viertel verortet sich politisch eher im linken Bereich.
- Eine Minderheit von knapp 10% stuft sich selbst politisch eher rechts ein.



- Der Großteil der Befragten gehört einer christlichen Religion an (56%).
- Etwa 8% fühlen sich dem Islam zugehörig.
- Andere Religionen sind mit 2% der Befragten nur selten vertreten.
- Über ein Drittel (34%) gibt an, keiner Religion anzugehören bzw. sich keiner Religion zugehörig zu fühlen.

¹ Alle Auswertungen, über die hier berichtet wird, wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Dies stellt sicher, dass die Stichprobe in Bezug auf wichtige zentrale Merkmale auch den Verhältnissen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Dadurch können die Ergebnisse als repräsentativ angesehen und auf alle erwachsenen Einwohner*innen Deutschlands verallgemeinert werden.

Sorgen und Verunsicherung angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen und Veränderungen

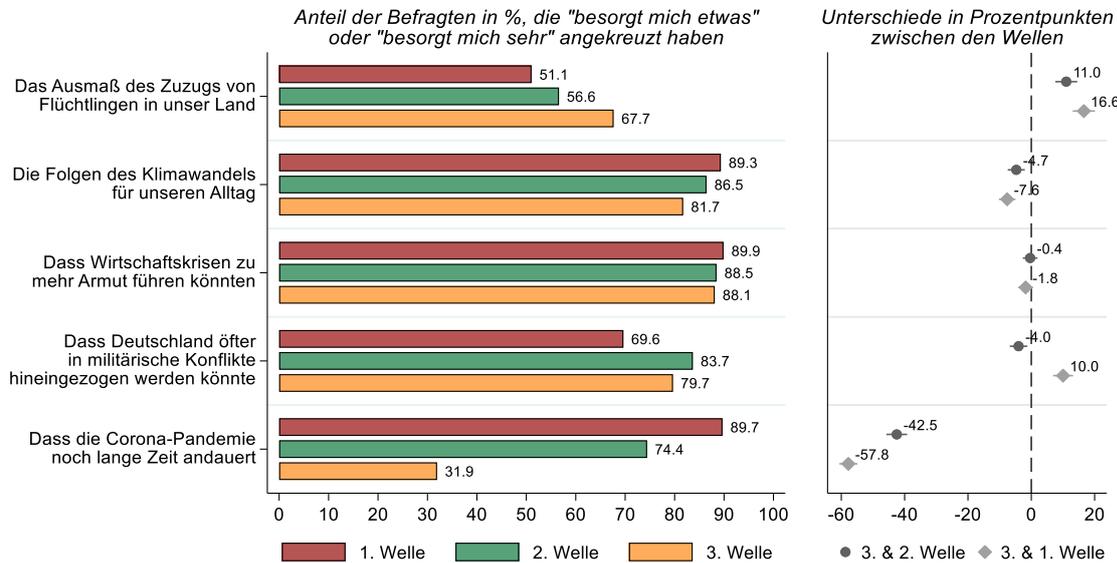
In allen drei Wellen der MiD Studie wurden die Teilnehmenden zu ihren Sorgen und Verunsicherungen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen und Veränderungen befragt.² 2023 waren solche Sorgen unter den Befragten weit verbreitet.

Die meisten Sorgen machten sich die Menschen im Jahr 2023 - wie bereits 2021 und 2022 - über Wirtschaftskrisen und einen damit verbundenen möglichen Anstieg von Armut. Fast neun von zehn Befragte (88.1%) gaben an „etwas besorgt“ oder „sehr besorgt“ darüber zu sein. Diese Rate ist im Zeitverlauf stabil. Ähnlich hoch waren mit insgesamt 81.7% die Besorgnisse in Bezug auf Folgen des Klimawandels, wobei diese Rate in den letzten zwei Jahren um 8 Prozentpunkte gesunken ist. Hier könnte möglicherweise ein Gewöhnungseffekt aufgrund der zu diesem Thema schon länger anhaltenden gesellschaftlichen Debatte eingetreten sein, der die akuten Sorgen etwas verringert. An dritter Stelle folgt die Sorge, „*dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte*“ (insgesamt 79.7%). Zwischen 2021 und 2022 nahm diese Rate stark zu, während sie nun wieder signifikant abgesunken, aber nach wie vor recht hoch ist. Während die Erhöhung in 2022 auf den Ausbruch des Ukraine-Kriegs zurückzuführen ist, scheint sich - ähnlich wie in Bezug auf die Klimakrise - die Bevölkerung an die anhaltende Kriegssituation zu gewöhnen. Die Konflikteskalation in Israel fand erst ab Oktober 2023 statt und war von daher zur Zeit der Befragung noch nicht erkennbar.

Die deutlichsten Veränderungen sind bezüglich der Sorgen über die Corona-Pandemie sowie über die Flüchtlingszuzüge zu erkennen: Während erstere sinken, steigen letztere stark an. Weniger als ein Drittel (31.9%) der Befragten gibt 2023 an, besorgt über die Corona-Pandemie zu sein. Seit 2021 sind diese Sorgen demnach um fast 58 Prozentpunkte gesunken. Corona ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung somit keine besorgniserregende Herausforderung mehr. In entgegengesetzter Richtung entwickelt sich die Bewertung der Flüchtlingssituation. Mehr als zwei Drittel der Befragten (67.7%) machen sich diesbezüglich Sorgen. Diese Rate hat sich seit 2021 um 16.6 Prozentpunkte erhöht.

² Der Vergleich zwischen der ersten Welle (MiD 2021) und den darauffolgenden Wellen ist aufgrund von Veränderungen in den Frageformulierungen nur bedingt möglich. Die Frageformulierungen der ersten und zweiten Welle können jeweils in Endtricht et. al. 2022, S. IX und Fischer et al. 2023, S. XXVII nachgelesen werden.

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen auf Ihr Leben besorgt?

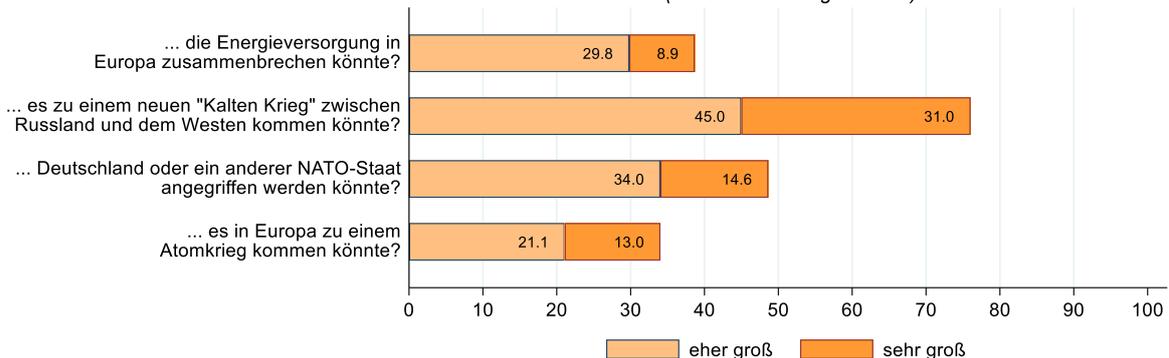


Aufgrund der die aktuellen Relevanz der Eskalation des Ukraine-Kriegs seit 2022 und damit verbundener wirtschaftlicher Probleme in Deutschland wurden weitere Fragen gestellt, die diesbezügliche Sorgen aufgreifen und weiter konkretisieren.

Zum Ukraine-Krieg und seinen Folgen ist 2023 die größte Sorge der Befragten, dass sich daraus ein neuer „Kalter Krieg“ zwischen Russland und dem Westen entwickeln könnte. Hierüber machen sich etwa drei Viertel der Befragten (76%) „eher große“ oder „sehr große“ Sorgen. Außerdem sorgt sich fast die Hälfte der Befragten (48.6%), dass Deutschland oder ein anderer NATO-Staat angegriffen werden könnte. Sorgen über das Zusammenbrechen der Energieversorgung in Europa und über einen Atomkrieg sind bei jeweils etwas mehr als einem Drittel der Befragten verbreitet.

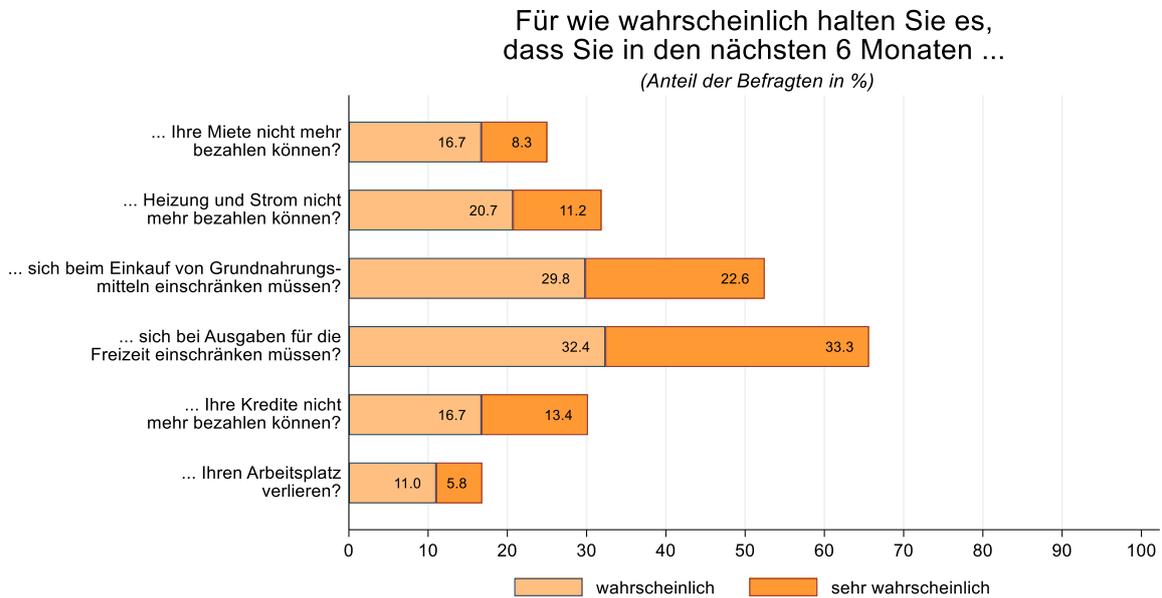
Wie groß ist Ihre Sorge, dass ...

(Anteil der Befragten in %)



Die Sorgen über eine Inflation wurden anhand von Fragen zu möglichen Einschränkungen in Bereich der Befriedigung persönlicher existenzieller Bedürfnisse „in den nächsten 6 Monaten“ erfasst. Mehr als die Hälfte der Befragten (52.4%) glaubt daran, dass sie sich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss. Jeweils fast ein Drittel glaubt zudem, Heizung und Strom (31.9%) oder ihre Kredite (30.1%) nicht mehr bezahlen zu können. 25% der Befragten glauben zudem, sie werden ihre Miete nicht mehr bezahlen können und 16.8% halten es für wahrscheinlich, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Darüber hinaus nimmt eine große Mehrheit an, sich auch außerhalb der basalen Bedürfnisse einschränken zu müssen. So hält es mit 65.7% eine

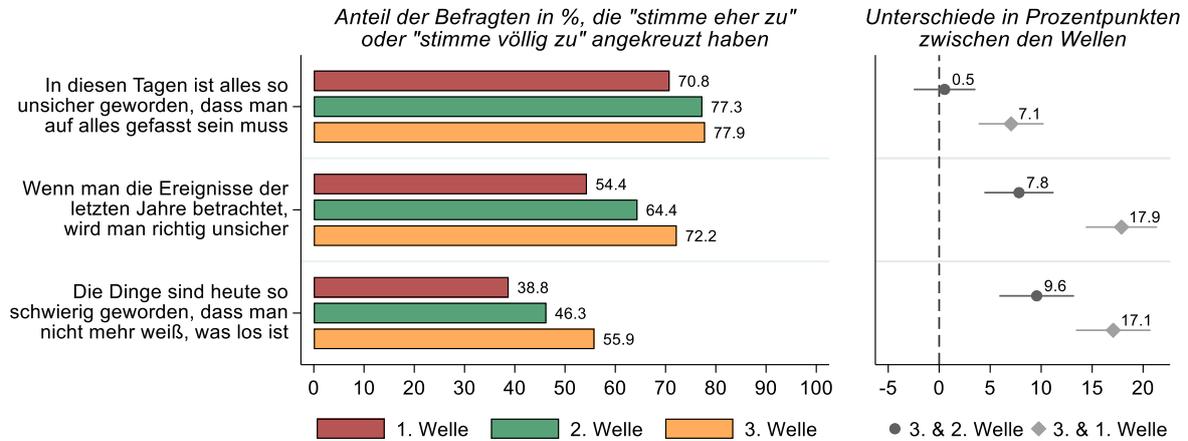
deutliche Mehrheit der Befragten für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“, sich in naher Zukunft bei Ausgaben für die Freizeit einschränken müssen.



Über solche konkret benannten Herausforderungen und Sorgen hinaus wurde auch allgemeiner erfasst, wie verbreitet Gefühle der Verunsicherung aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und neuer Herausforderungen in der Bevölkerung sind. Am weitesten verbreitet ist danach das Gefühl „auf alles gefasst sein“ zu müssen (77.9%). Diese Rate ist seit 2021 angestiegen, im Vergleich zu 2022 aber unverändert hoch. Deutliche Anstiege zwischen den Wellen zeigen sich für die Aussagen, dass man unsicher werde, wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet (von 54.4% in der ersten Welle auf 64.4% in der zweiten und 72.2% in der dritten) sowie die Feststellung, dass die Dinge heute so schwierig geworden sind, dass man „nicht mehr weiß, was los ist“ (von 38.8% in der ersten Welle auf 46.3% in der zweiten und 55.9% in der dritten).

Insgesamt haben damit seit 2021 alle diese Aussagen, die Verunsicherung ausdrücken, mehr Zustimmung erhalten. Krisen und Veränderungen, die sich zwischen den Befragungen ereignet haben, gehen demnach mit einer deutlich erhöhten allgemeinen Verunsicherung einher, die zusammengenommen aktuell mehr als die Hälfte der Bevölkerung betrifft.

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen

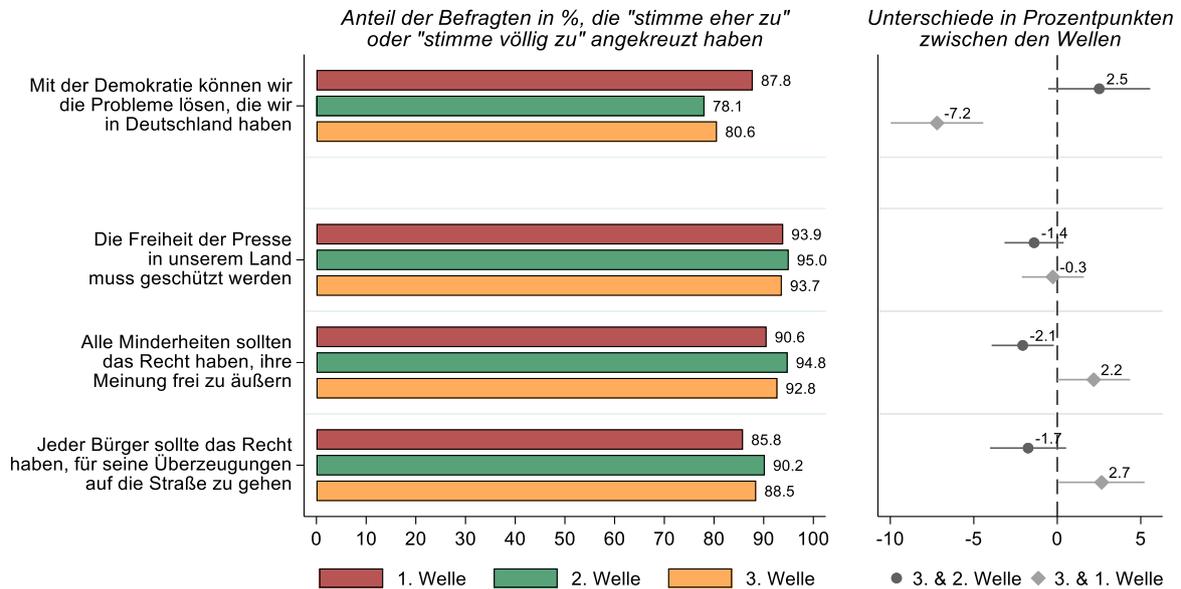


Bewertung der Demokratie und Vertrauen in die Politik

Der Anteil der Personen, die glauben, dass mit der Demokratie die Probleme in Deutschland gelöst werden können, ist zwischen 2021 und 2022 stark gesunken. In 2023 hat sich dieser Anteil mit 80.6% nur leicht erholt. Diese leichte Erhöhung ist allerdings statistisch nicht signifikant. Auch aktuell zweifeln mehr Personen als noch vor 2 Jahren daran, dass mit der Demokratie die Lösung aktueller Probleme gelingen kann.

Die Akzeptanz wichtiger Grundrechte und Freiheiten wie die Versammlungsfreiheit („*Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen*“), Meinungsfreiheit („*Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern*“) und Pressefreiheit („*Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden*“) ist seit 2021 anhaltend hoch. Mit 88.5%, 92.8% und 93.7% erhalten diese drei Dimensionen eine sehr breite Zustimmung in der Bevölkerung.

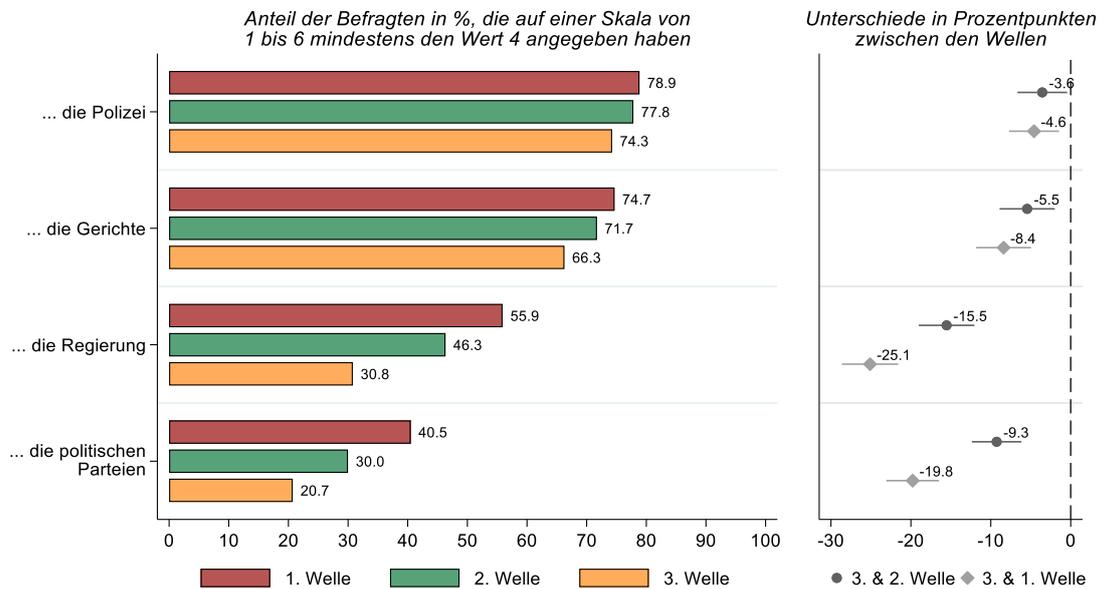
Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen



Diese Stabilität in der Akzeptanz von Grundrechten und Freiheiten spiegelt sich allerdings nicht im Vertrauen gegenüber verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Entscheidungsträgern wider. Das Vertrauen ist gesellschaftliche und staatliche fällt 2023 in allen Feldern signifikant negativer aus als in den Jahren zuvor.

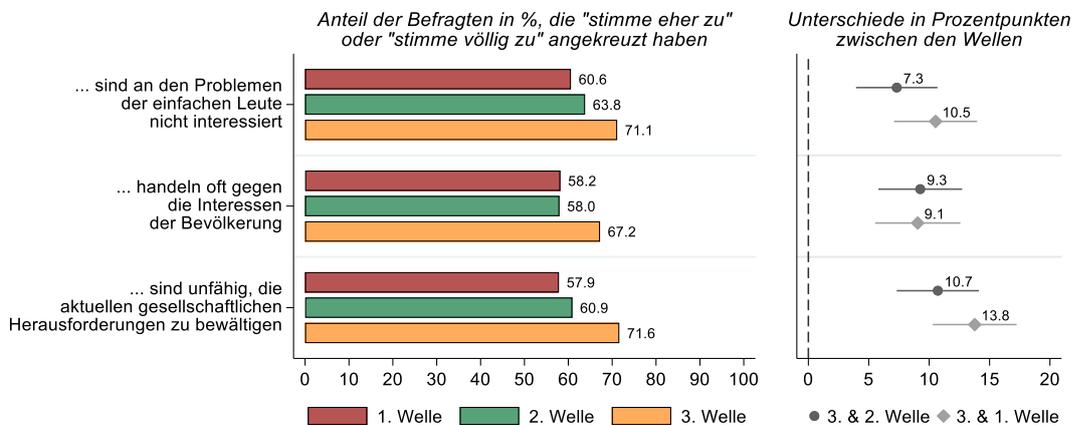
Den geringsten Vertrauensverlust verzeichnet die Polizei. Ihr vertrauen zwar weiterhin 74.3% der Befragten, dies ist jedoch eine Verringerung um 4.6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021. Bei den übrigen Institutionen ist durchgehend ein deutlicherer Vertrauensverlust erkennbar. Das Vertrauen in Gerichte ist seit 2021 um 8.4 Prozentpunkte gefallen und erreicht 2023 mit 66.3% einen Tiefpunkt. In Bezug auf die Regierung und die politischen Parteien hat sich das Vertrauen jeweils fast halbiert: nur noch 30.8% der Bevölkerung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus, den politischen Parteien vertrauen sogar nur noch 20.7%.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...



Dieser deutliche Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen und Akteure zeigt sich auch in der Bewertung der Befragten zu Handlungsmotiven und Kompetenzen wichtiger Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Den höchsten Anstieg erfährt 2023 mit einem Anteil von 71.6% die Aussage, Entscheidungsträger*innen seien „*unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen*“. Die Zustimmung zu dieser Aussage hat seit 2021 um 13.8 Prozentpunkte zugenommen. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten stimmt mit 71.1% der Aussage zu, die Entscheidungsträger*innen seien „*an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert*“. Auch hier liegt der Anstieg bei mehr als 10 Prozentpunkten. Für die Aussage, dass die Entscheidungsträger*innen „*oft gegen die Interessen der Bevölkerung*“ handelten³, ist seit 2022 eine deutliche Steigerung der Zustimmungsrates zu erkennen. Diese liegt nun bei 67.2% und hat damit im Vergleich zu den letzten beiden Jahren, in denen die Rate stabil war, um 9 Prozentpunkte zugenommen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...

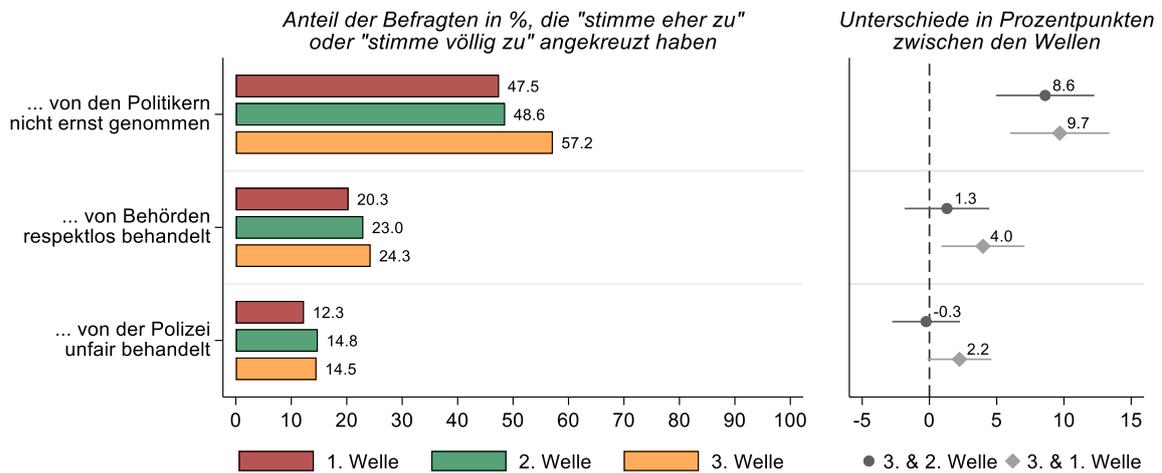


³ Die Formulierung dieser Aussage hat sich im Vergleich zu 2021 leicht verändert. Dort wurde die Formulierung „...handeln oft wider besseren Wissens gegen die Interessen der Bevölkerung“ verwendet.

Unabhängig von direkten eigenen Erlebnissen konnten die Befragten auch Angaben dazu machen, wie ihrer Meinung nach Menschen, die so sind wie sie selbst (die also der eigenen sozialen Gruppe angehören), durch staatliche Institutionen behandelt werden. Im Zentrum steht hier die subjektive Wahrnehmung von Respekt, Fairness und Anerkennung seitens der Vertreter*innen von Politik und staatlichen Behörden im direkten Kontakt mit Bürger*innen. Die Erfahrung von Respekt und Fairness sowie echtem Interesse sind entscheidend dafür, wie stark Menschen sich mit unserem politischen System und Staatswesen identifizieren und sich als zugehörig und anerkannt fühlen.

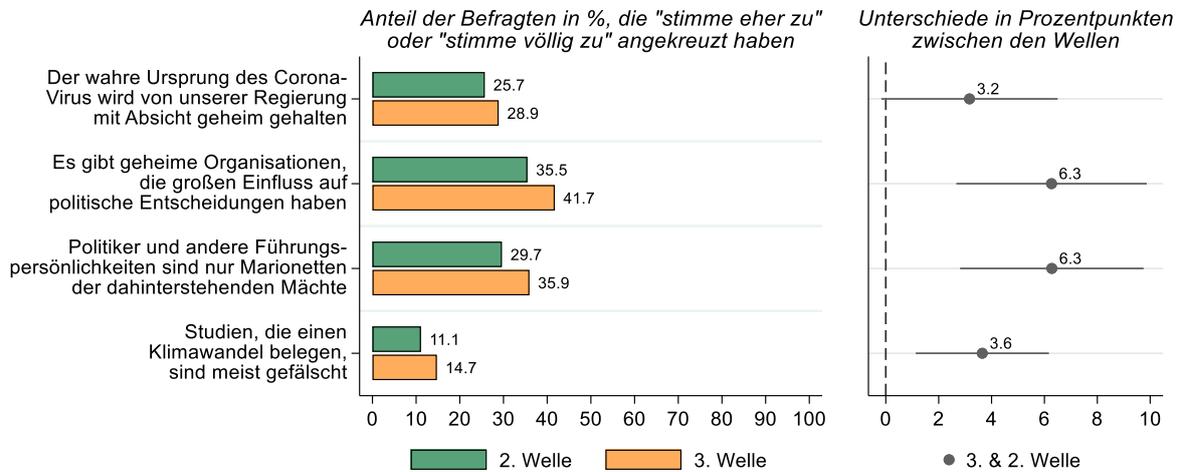
Diesbezüglich gab mehr als die Hälfte (57.2%) an, dass Menschen wie sie selbst ihrer Einschätzung nach von Politiker*innen nicht ernst genommen werden. Diese Rate hat seit 2022 deutlich zugenommen. Besser fiel die Bewertung staatlicher Behörden sowie der Polizei aus. Nur 24.3% bzw. 14.5% nehmen hier Formen einer respektlosen oder unfairen Behandlung wahr. Während sich die Bewertung der Behandlung durch die Polizei nur marginal um 2.2 Prozentpunkte verschlechtert hat, ist die Rate derer, die sich von Behörden respektlos behandelt fühlen, um 4 Prozentpunkte gestiegen.

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...



Seit 2022 wird in der MiD Studie auch erfasst, wie verbreitet die Neigung zur Akzeptanz von Verschwörungsmythen ist – d.h. von faktisch nicht belegbaren Annahmen, dass gesellschaftliche Ereignisse, Situationen oder Entwicklungen durch geheime Mächte gesteuert werden. Mit 41.7% findet in der dritten Welle die Annahme, dass es geheime Organisationen gebe, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, eine bemerkenswert hohe Zustimmung. Diese Rate ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. 35.9% stimmten der Aussage zu, dass Politiker*innen und andere Führungspersonlichkeiten „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ seien. Auch hier ist ein Anstieg im Vergleich zu 2022 zu verzeichnen. Etwas weniger, aber dennoch sehr weit verbreitet ist die Zustimmung zu themenbezogenen Verschwörungsmythen. Über ein Viertel der Befragten (28.9%) stimmt Aussagen zur absichtlichen Geheimhaltung des Ursprungs des Corona-Virus zu und 14.7% glauben zudem, dass Studien, die den Klimawandel belegen, „meist gefälscht“ seien.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



In der Summe zeigen die Befunde des Jahres 2023 zur Bewertung von Demokratie, Staat und Politik, dass das Vertrauen in die politischen Akteure (Regierung und Parteien) im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken ist. Grund- und Freiheitsrechte werden aber nach wie vor von der weit überwiegenden Mehrheit positiv bewertet.

Obwohl staatliche Institutionen im Bereich von Rechtspflege und Strafverfolgung, wie Polizei und Gerichte, nach wie vor weniger kritisch beurteilt werden als die Regierung oder die Parteien und Politiker, nahm das Vertrauen in Bezug auf alle politischen Akteure und staatlichen Institution in den letzten Jahren deutlich ab. Diese Vertrauensverluste werden begleitet von einer vermehrten Verbreitung der Wahrnehmung, dass die Entscheidungsträger in Deutschland inkompetent seien und Teile der Bevölkerung nicht ernst nehmen.

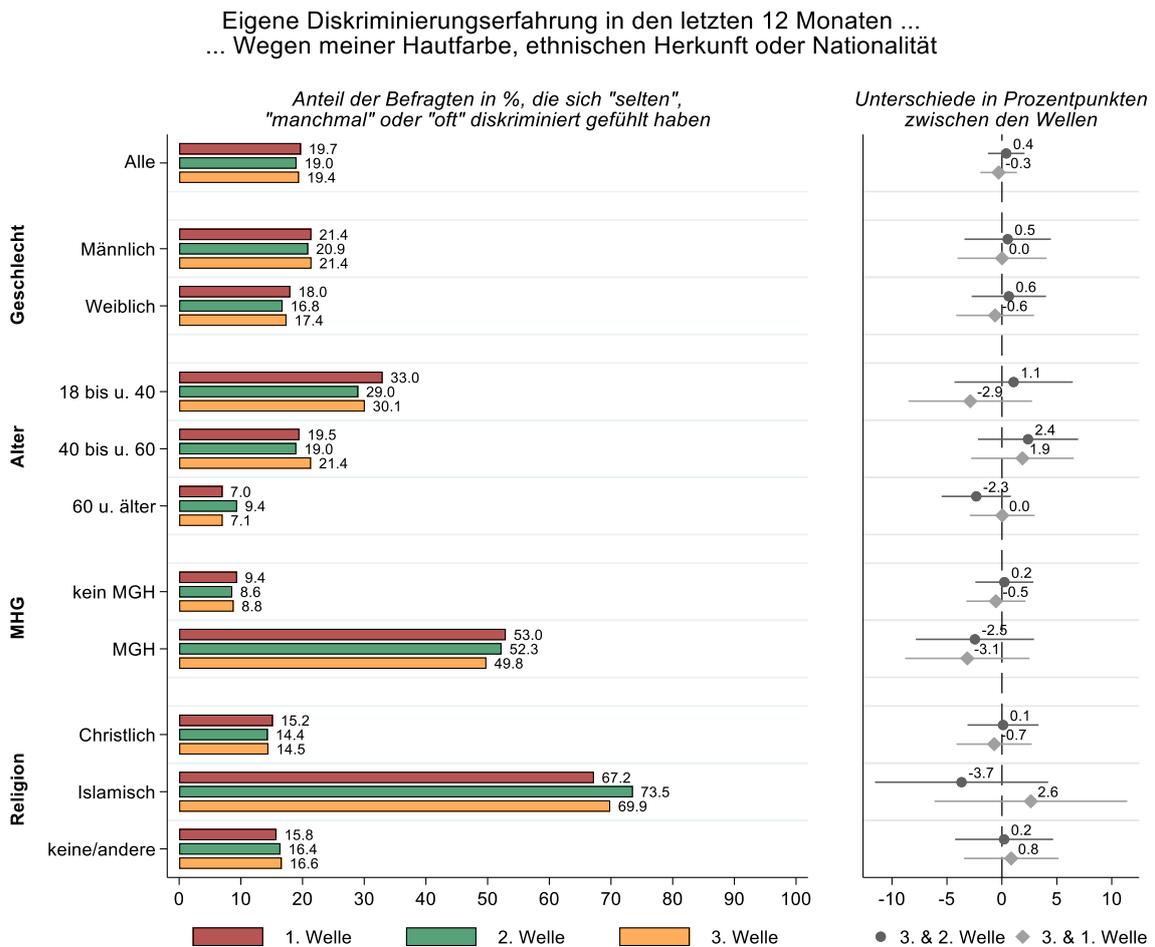
Diese kritische Beurteilung wird begleitet von einem Anstieg der Verbreitung einer Neigung zum Verschwörungsglauben. Insbesondere die Annahme des Einflusses geheimer Mächte und Organisationen auf politische Entscheidungsträger*innen ist vergleichsweise häufig und zudem auch ansteigend. Bei etwa einem Drittel der Bevölkerung ist eine Tendenz zu erkennen, Verschwörungsmymen zu übernehmen und so in Situationen hoher Verunsicherung einfache Erklärungen für schwierige Entwicklungen und Probleme einzusetzen.

Es ist von einem Geflecht wechselseitiger Einflüsse auszugehen. Ein allgemeines Misstrauen gegenüber Akteuren aus Politik und Wissenschaft wird hier verbunden mit Besorgnissen vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Entwicklungen wie dem Zuzug von Geflüchteten, dem Klimawandel oder dem Krieg in der Ukraine. Dies wiederum geht mit vermehrter Verunsicherung und einem Anstieg der Skepsis gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen einher.

Unsere Studie legt einen ihrer Schwerpunkte auf politische und gesellschaftliche Zustände und deren Bewertung durch die Befragten. Nur wenn uns Menschen berichten, welche Erfahrungen und Beobachtungen sie machen, können wir erkennen, welche Probleme sie wahrnehmen und wie sie diese beurteilen. Deshalb fragen wir in unseren Studien sowohl nach den eigenen Erfahrungen mit persönlicher Diskriminierung als auch nach Beobachtungen im eigenen Lebensumfeld, die auf Intoleranz, Vorurteile und politischen Extremismus hinweisen könnten. Dies erlaubt es Feststellungen darüber zu treffen, wie verbreitet solche Situationen und Erfahrungen in Deutschland sind und inwiefern sich Menschen davon bedroht fühlen.

Eigene Erfahrungen mit Diskriminierung

Insgesamt gibt fast ein Viertel der Befragten an (23%), in den letzten 12 Monaten persönlich mindestens eine der von uns erfragten Formen von Diskriminierung erlebt zu haben. Hier zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen der Befragten (Altersgruppe, Geschlecht, Migrationshintergrund oder Religionszugehörigkeit).

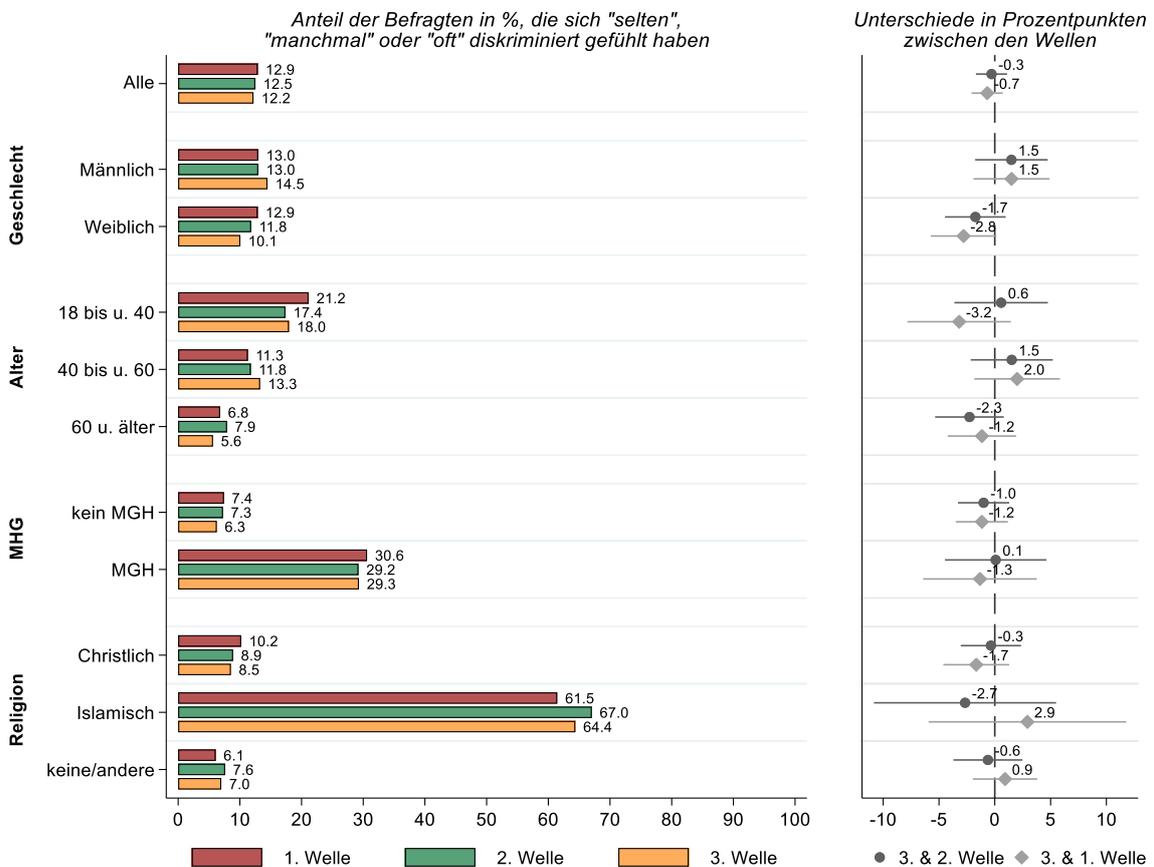


Diskriminierungen wegen der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft oder der Nationalität wurden etwas häufiger von Männern berichtet und deutlich häufiger von jüngeren als von älteren Personen. So gaben 30.1% der Befragten unter 40 Jahren an, aus diesen Gründen diskriminiert worden zu sein. Bei Personen ab 60 Jahren liegt die Rate nur bei 7.1%.

Hervorzuheben ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund (49.8%) und Personen islamischen Glaubens (69.9%) eine solche herkunftsbezogene Diskriminierung im letzten Jahr um ein Vielfaches häufiger erlebt haben als andere Personen.

Ein ähnliches Bild findet sich für die Verbreitung von Diskriminierungen wegen der Religion bzw. des Glaubens. Auch diese wurden etwas häufiger von jüngeren Personen zwischen 18 und 40 Jahren berichtet. Deutlich gehäuft tritt eine solche religionsbezogene Diskriminierung bei Personen mit Migrationshintergrund (29.3%) sowie bei Muslim*innen (64.4%) auf. Bei beiden Gruppen, insbesondere aber bei der letztgenannten, ist daher von einem hohen Risiko der Mehrfachdiskriminierung auszugehen.

Eigene Diskriminierungserfahrung in den letzten 12 Monaten ...
... Wegen meiner Religion/meines Glaubens

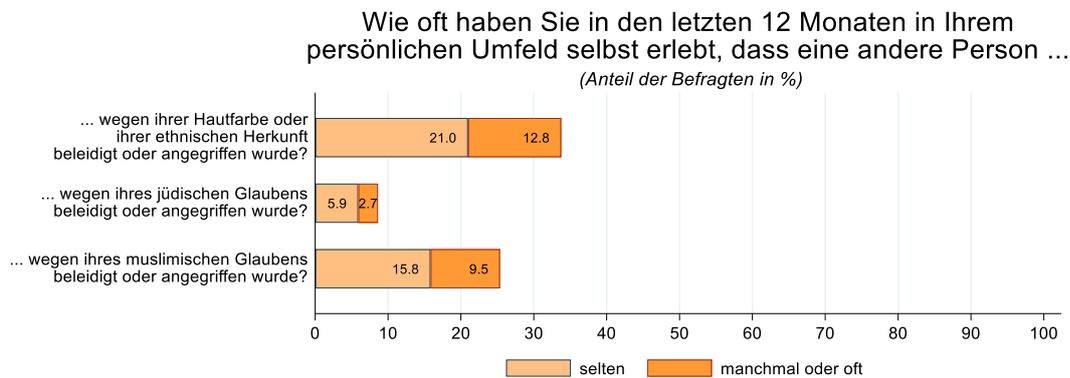


Insgesamt sind die Raten der Personen, die persönliche Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, zwischen 2021 und 2023 auf hohem Niveau nahezu unverändert.

Wahrnehmung von Intoleranz und politischen Extremismen im eigenen Lebensumfeld

Neben persönlich erlebten, eigenen Diskriminierungserfahrungen wurden die Befragten auch gebeten, über Wahrnehmungen von Geschehnissen in ihrem sozialen Lebensumfeld zu berichten, die sie beobachtet haben und die politisch bedeutsam sein könnten.

Knapp ein Drittel der Befragten (33.8%) gibt an, in den letzten 12 Monaten mindestens selten miterlebt zu haben, dass eine andere Person „wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurde“. Antisemitismus wird im direkten Vergleich seltener beobachtet (8.6%), während Islamfeindlichkeit von einem Viertel der Befragten berichtet wird (25.4%). Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind also für recht viele Befragte ein direkt wahrnehmbares Problem in ihrem Lebensumfeld.



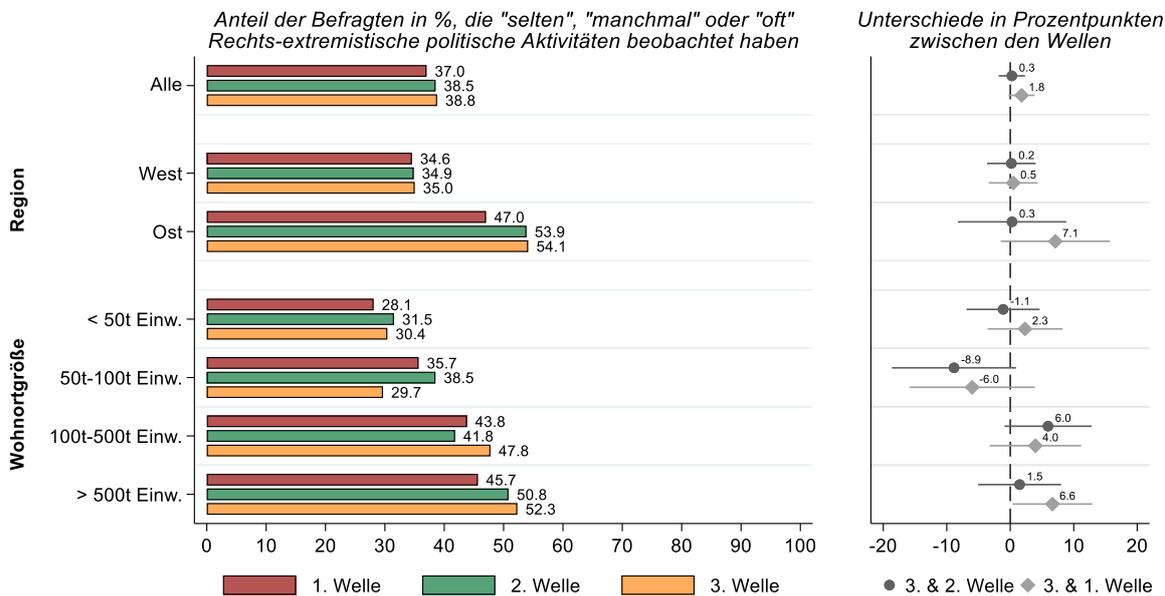
Weiter wurden auch Fragen zu Wahrnehmungen und Beobachtungen verschiedener politischer Extremismen - in Form von linksextremistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Aktivitäten - im eigenen Lebensumfeld gestellt.

Hier zeigt sich, dass rechtsextremistische Aktivitäten im Vergleich am häufigsten beobachtet wurden (38.8%), gefolgt von linksextremistischen Aktivitäten (36.3%). Am seltensten wurden islamistische Aktivitäten beobachtet (28.1%). Das Ausmaß der Wahrnehmungen von Rechtsextremismus hat seit 2021 nur leicht zugenommen, die Wahrnehmung von Linksextremismus und Islamismus ist demgegenüber im hier betrachteten Zeitraum signifikant gestiegen.

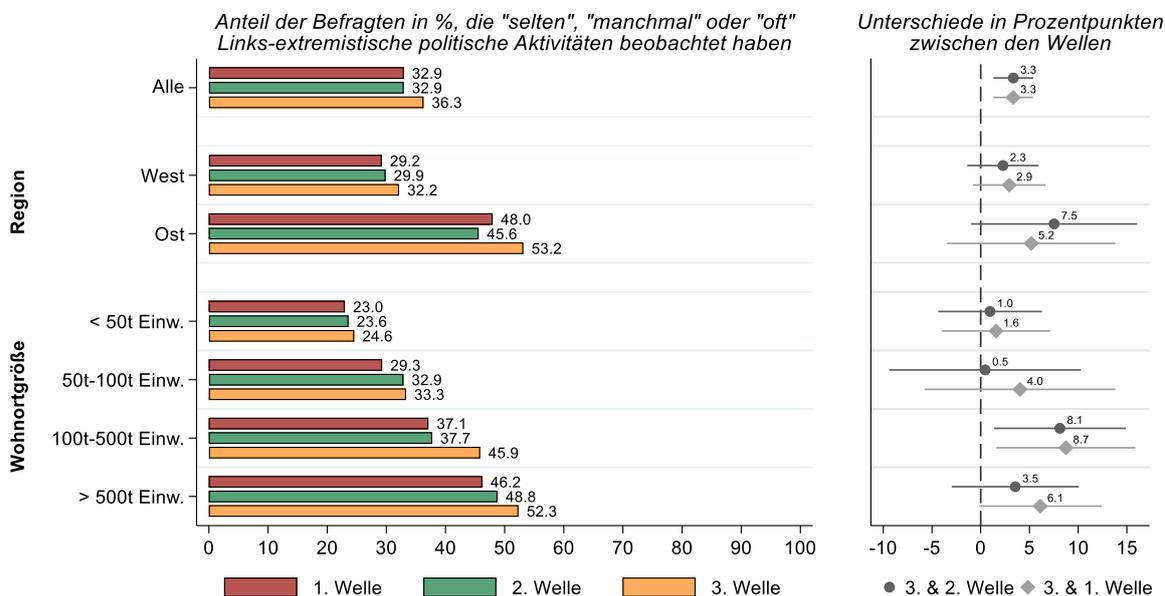
Bei einer Aufschlüsselung der Beobachtungshäufigkeiten nach regionalen Merkmalen zeigt sich, dass in mittleren Städten und Großstädten die Raten derer, die solche Aktivitäten mindestens „selten“ wahrgenommen haben, jeweils höher ausfällt als bei Befragten, die in kleineren Orten leben. Dies ist allerdings auch zu erwarten, da durch die höhere Bevölkerungsdichte in einer Großstadt im Vergleich zu kleineren Orten die Möglichkeit zur Beobachtung solcher Aktivitäten häufiger besteht und politische Protestgeschehnisse generell eher in größeren Städten stattfinden.

Ein weiterer Unterschied der Beobachtungshäufigkeiten findet sich im Ost-West-Vergleich, wobei sowohl rechts- als auch linksextremistische Aktivitäten in den östlichen Bundesländern deutlich häufiger beobachtet wurden als in westlichen Bundesländern. Im Westen wurden solche Beobachtungen von jeweils knapp einem Drittel (35% bzw. 32.2%) der Befragten gemacht, im Osten äußerte dies über die Hälfte der Befragten (54.1% bzw. 53.2%).

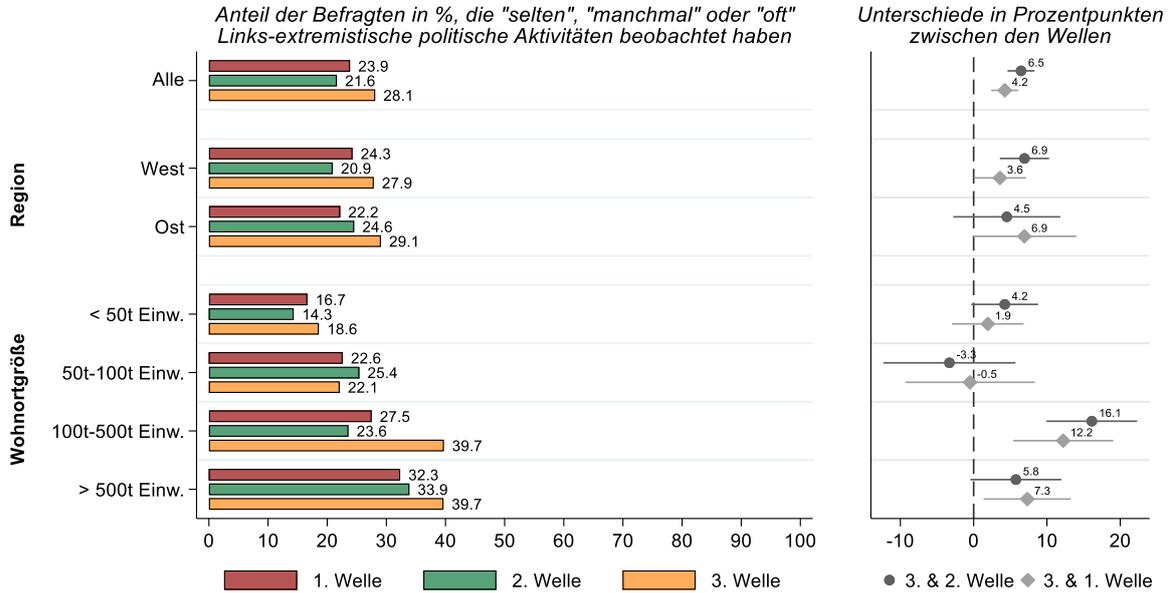
Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Rechts-extremistische politische Aktivitäten



Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Links-extremistische politische Aktivitäten



Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Islamistische politische Aktivitäten

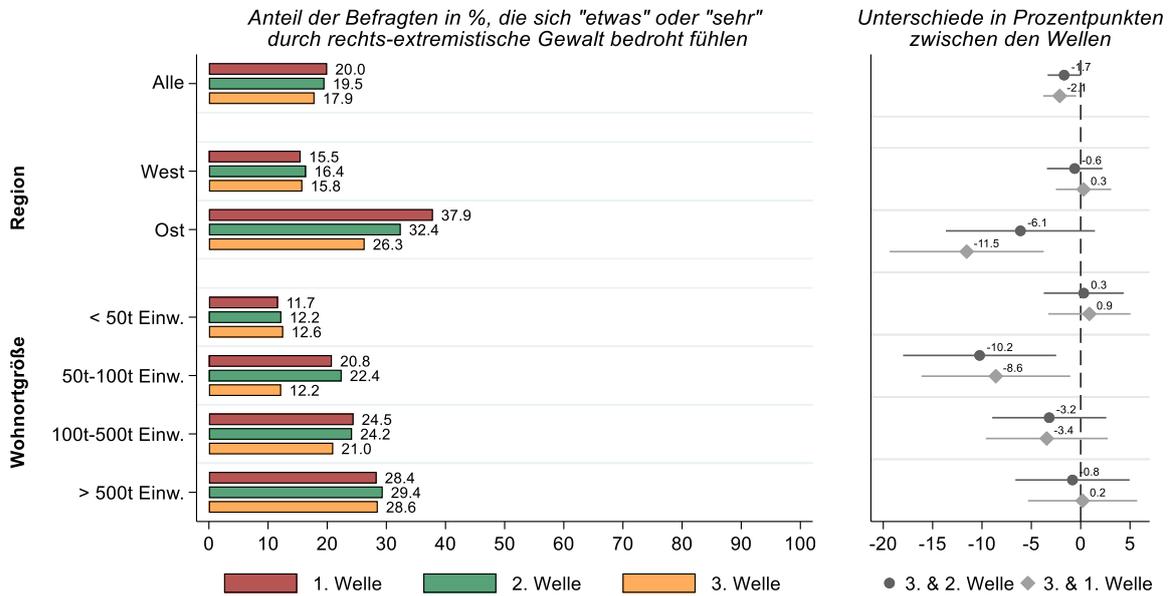


Neben der Häufigkeit der Beobachtung von politisch-extremistischen Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld wurde auch erfragt, inwiefern sich Menschen in ihrem Lebensumfeld persönlich von politisch motivierter Gewalt bedroht fühlen.

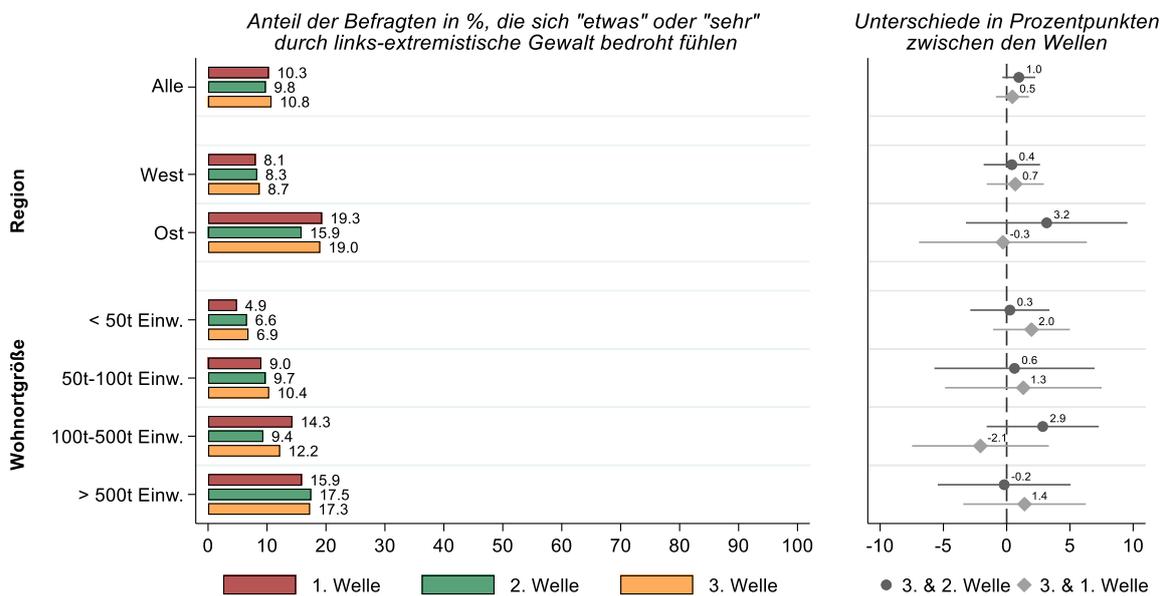
Das höchste Bedrohungsgefühl geht demnach von rechtsextremistischer Gewalt aus, von der sich 17.9% der Befragten im Jahr 2023 „etwas“ oder „sehr“ bedroht fühlten. Bemerkenswert ist, dass die Rate der gefühlten Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalt in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 2021 und 2023 abgenommen hat. Die Bedrohungsgefühle bezüglich der anderen beiden Formen extremistischer Gewalt sind dort hingegen seit 2021 auf niedrigem Niveau stabil.

Auffällig ist weiter, dass mit einem Anteil von 17% die Bedrohung durch islamistische Gewalt am zweithöchsten ist, obwohl Beobachtungen solcher Aktivitäten im Vergleich der drei Extremismusformen am seltensten berichtet wurden. Insgesamt fällt das Ausmaß der empfundenen Bedrohung aber geringer aus, als es die Beobachtungshäufigkeiten vermuten lassen könnten.

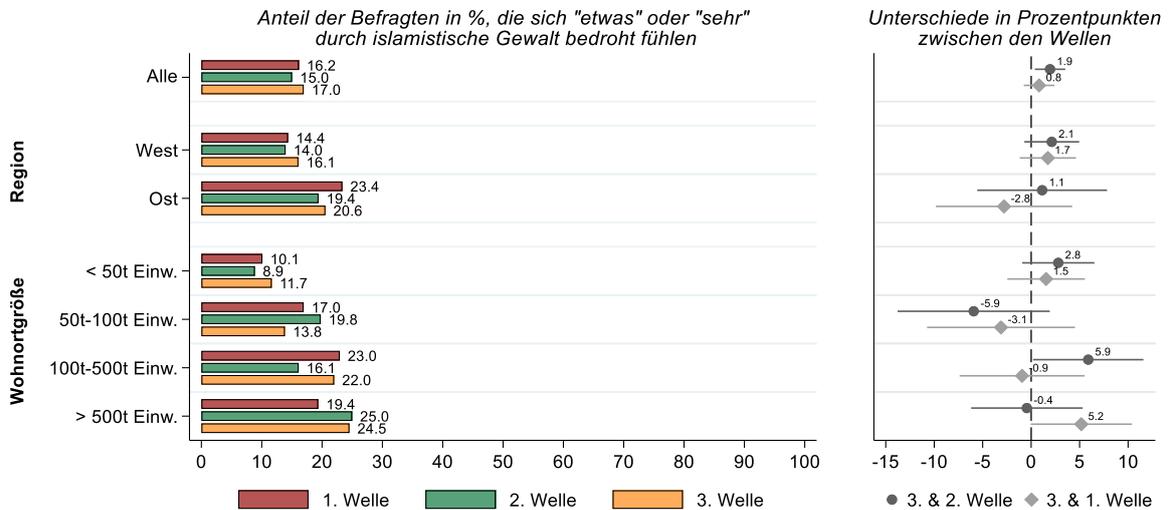
In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Rechts-extremistische Gewalt



In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Links-extremistische Gewalt



In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Islamistische Gewalt



Diese Auswertungen zeigen beispielhaft, dass die Beobachtungshäufigkeit bestimmter Aktivitäten nicht notwendig auch mit einer entsprechenden Häufigkeit von Bedrohungswahrnehmungen verbunden sein muss. Vielmehr ist anzunehmen, dass hier weitere Faktoren eine Rolle spielen. Ziel der Studie „Menschen in Deutschland“ ist es, genau solche Faktoren zu identifizieren und aufzuzeigen, wie sich gesellschaftliche Situationen und ihre Veränderungen auf das Leben der Menschen in Deutschland auswirken.

Ein wichtiges Thema ist dabei vor allem die Frage, wie sich die Einschätzungen und subjektiven Bewertungen von Politik und Gesellschaft im weiteren Zeitverlauf in den nächsten Jahren entwickeln und möglicherweise auch wandeln. Damit verbunden ist die Frage, wie sich das auf die Verbreitung von Formen des politischen Extremismus sowie der Akzeptanz bzw. Ablehnung unserer Demokratie auswirkt.

Die Befragungen im Rahmen unserer Studie „Menschen in Deutschland“ werden in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgeführt, so dass Veränderungen sichtbar gemacht, deren mögliche Hintergründe beleuchtet und die oben genannten Fragen damit auch weiter verfolgt und beantwortet werden können.

Dieser kurze Bericht sollte einen ersten Einblick in Fragestellungen und ausgewählte erste Befunde unserer Untersuchung „Menschen in Deutschland 2023“ geben. Wir möchten diese Gelegenheit auch nutzen, uns bei allen Befragten ganz herzlich für ihre Teilnahmebereitschaft und die dabei zur Verfügung gestellte Zeit zu bedanken. Vielen Dank, dass Sie uns durch Ihre Teilnahme an der Befragung unterstützt haben!

Für Rückfragen kontaktieren Sie gerne unser Team an der Universität Hamburg über mid-studie@uni-hamburg.de.